

Gerhard Bosch, Thorsten Kalina

# Einkommensentstehung als Verteilungsfaktor

## Wachsende Ungleichheit in der Primärverteilung gefährdet Mittelschicht

Aufgrund der Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland sprach der bekannte deutsche Soziologe Schelsky schon Anfang der 1950er Jahre von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“.<sup>1</sup> Dieser Diagnose wurde zwar von mehreren Autoren heftig widersprochen, die auf das Weiterbestehen hoher sozialer Ungleichheiten verwiesen.<sup>2</sup> Bei allen Konflikten über weiterbestehende Klassengrenzen bestand allerdings Einigkeit darüber, dass die Mittelschichten durch eine egalitäre Verteilung der Markteinkommen und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates an Bedeutung gewonnen hatten.

Seit Mitte der 1990er Jahre ist in Deutschland die Ungleichheit der Markteinkommen stärker als in vielen anderen europäischen Ländern gestiegen. Ob dadurch auch die einkommenspolitische Basis der Mittelschichten unterspült wurde, wird jedoch kontrovers diskutiert.<sup>3</sup> In der Tat kann man aus wachsender Ungleichheit bei den Individualeinkommen nicht ohne weiteres auf die Ungleichheit bei den Haushaltseinkommen schließen. Einkommensverluste bei den Markteinkommen können durch eine Erhöhung der Zahl der Verdienere oder der individuellen Arbeitszeit kompensiert werden. Beim verfügbaren Einkommen kann der Staat über Steuern und Transfers die primäre Einkommensverteilung korrigieren.

- 1 H. Schelsky: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Dortmund 1953, S. 218.
- 2 Z.B. R. Dahrendorf: Class and Class Conflict in Industrial Society, London 1959.
- 3 Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG): Überprüfung der These einer „schrumpfenden Mittelschicht“ in Deutschland, Köln 2011; C. Arndt: Zwischen Stabilität und Fragilität: Was wissen wir über die Mittelschicht in Deutschland?, Konrad Adenauer Stiftung, Berlin 2012.

Im Folgenden wollen wir im Unterschied zu den meisten Mittelschichtanalysen der letzten Jahre, die sich fast nur mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen nach Abgaben und Transfers befassen, die Entwicklung der Primärverteilung und ihre Ursachen untersuchen. Diese andere Schwerpunktsetzung ist aus mehreren Gründen wichtig. Erstens entlastet eine ausgeglichene Primärverteilung den Staat, da er weniger Notlagen ausgleichen muss. Dies stabilisiert auch den Sozialstaat, dessen Ressourcen nicht durch steigende Aufkommen zur Kompensation einer zunehmend ungleichen Einkommensverteilung verbraucht werden. Zweitens fühlen sich Empfänger von bedürftigkeitsgeprüften Transferleistungen häufig als Bürger zweiter Klasse. Sie beteiligen sich weniger am gesellschaftlichen Leben (z.B. Wahlen), was den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Sich aus eigener Kraft ernähren zu können, verleiht Selbstbewusstsein und auch das Gefühl größerer sozialer Unabhängigkeit, als wenn man auf Transfers angewiesen ist, die durch politische Entscheidungen jederzeit eingeschränkt werden können. Drittens verzerrt eine wachsende Ungleichheit der Lohneinkommen den Wettbewerb zwischen den Unternehmen, da ein Teil der Unternehmen durch zu niedrige Löhne einen Teil der Arbeitskosten auf die öffentliche Hand abwälzt.

### Entwicklung der Primärverteilung auf Individual- und Haushaltsebene zwischen 1995 und 2013

Die Größe der mittleren Einkommensschichten und ihre Veränderungen werden sehr stark davon beeinflusst, wie die Mitte statistisch abgegrenzt wird. Als untere Grenze haben wir die international übliche Armutsgrenze von 60% des mittleren Einkommens und als obere Grenze das doppelte des mittleren Einkommens gewählt. Um auch Verschiebungen innerhalb der Mittelschicht zu erfassen, unterteilen wir die Mitte in drei Untergruppen mit folgender Abgrenzung der unteren und oberen Einkommensschichten:

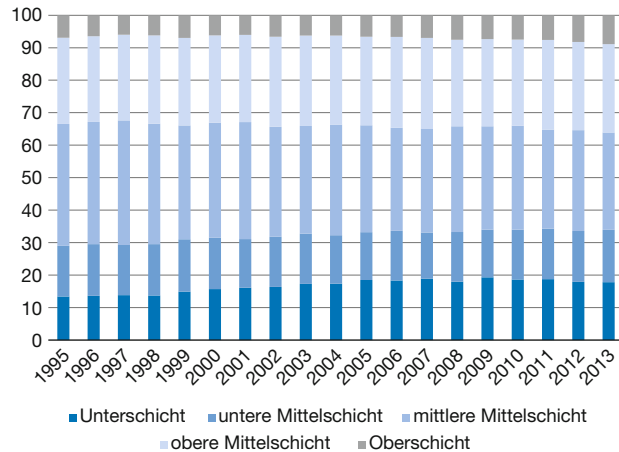
- unter 60% des Medians (untere Einkommensgruppe),
- 60% bis unter 80% des Medians (untere Mitte),
- 80% bis unter 120% des Medians (mittlere Mitte),
- 120% bis unter 200% des Medians (obere Mitte),
- 200% des Medians und mehr (obere Einkommensgruppe).

**Prof. Dr. Gerhard Bosch** ist Geschäftsführender Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen in Duisburg.

**Dr. Thorsten Kalina** ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Flexibilität und Sicherheit.

Abbildung 1  
Verteilung der Bruttostundenlöhne nach  
Einkommenschichten 1995 bis 2013

in % (abhängig Beschäftigte)



Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

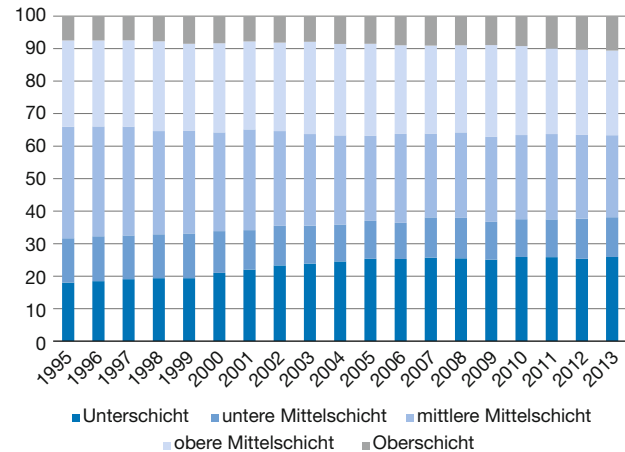
Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Verteilung der Stundenlöhne zwischen 1995 und 2013. Die Zahlen belegen deutliche Anteilsgewinne der unteren und oberen Einkommensgruppen. Der Anteil der untersten Einkommensgruppe wuchs zwischen 1995 und 2013 von 13,4% auf 17,8%, während der Anteil der oberen Einkommensschichten von 6,9% auf 8,9% anstieg. Da die Anteile der unteren und oberen Mitte fast unverändert blieben, entfielen die Verluste fast ausschließlich auf die mittlere Mitte, deren Anteil von 37,5% auf 30,0% schrumpfte.

Noch deutlicher werden die Verschiebungen bei den Individualeinkommen, wenn man die Monatseinkommen untersucht. Die Unterschiede ergeben sich vor allem aus der unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitszeiten pro Haushalt in den einzelnen Einkommensschichten. Viele Beschäftigte mit mittleren Stundenlöhnen rutschen aufgrund geringer Arbeitszeiten in die unterste Einkommensschicht, während andere aufgrund langer Arbeitszeiten sogar in die obere Einkommensschicht aufrücken. Insgesamt ist der Anteil der drei mittleren Einkommensschichten der abhängig Beschäftigten 2013 bei den Monatslöhnen mit 63,5% fast zehn Prozentpunkte geringer als bei den Stundenlöhnen mit 73,3% (vgl. Abbildung 2).

Die äquivalenzgewichteten Daten zum Einkommen auf Haushaltsebene umfassen im Unterschied zu den Lohn-einkommen in den Abbildungen 1 und 2 alle Markteinkommen aus abhängiger und selbständiger Arbeit, sowie Einkommen aus Vermögen, Unterhaltszahlungen und privater Altersversorgung (vgl. Abbildung 3). Die Zahlen enthalten also auch Transfers, aber im Unterschied zur

Abbildung 2  
Verteilung der Bruttomonatslöhne nach  
Einkommenschichten 1995 bis 2013

in % (abhängig Beschäftigte)



Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

Sekundärverteilung nur private Transfers.<sup>4</sup> Der Anteil der Haushalte der mittleren Einkommensschichten an allen Haushalten ist danach zwischen 1992 und 2013 um gut acht Prozentpunkte von 56,4% auf 48% zurückgegangen.

Auch hier entfielen die Anteilsverluste vor allem auf die mittlere Mitte (-5,5 Prozentpunkte). Die Anteile der unteren und oberen Einkommensschichten an allen Haushalten sind erheblich höher als bei den Individualeinkommen aus abhängiger Arbeit, was mehrere Ursachen haben kann. Zu nennen sind vor allem die wachsende Ungleichheit bei den Vermögenseinkommen, der hohe Anteil gut verdienender Selbständiger, die in den Auswertungen zu individuellen Löhnen nicht enthalten sind, sowie wachsende Unterschiede bei der Zahl der Verdienenden und der bezahlten Arbeitsstunden der Haushalte insgesamt.<sup>5</sup>

Die Daten zeigen einen klaren Trend in Richtung einer zunehmend ungleichen Primärverteilung. Die Entwicklung verläuft bei allen drei Indikatoren der Einkommensverteilung relativ kontinuierlich über die letzten 20 Jahre,

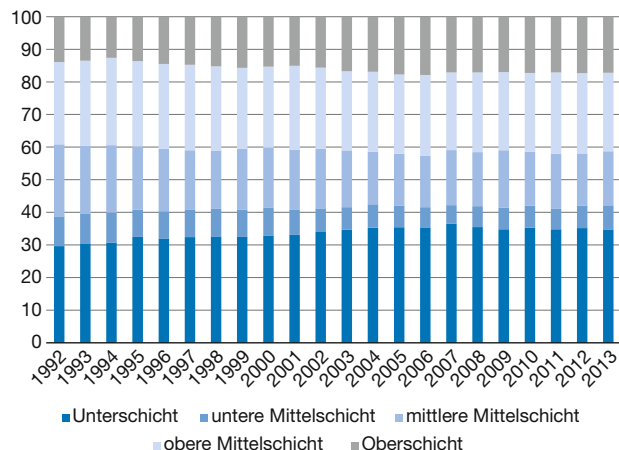
4 Für die Berechnung des Äquivalenzeinkommens eines Haushaltes, z.B. einer Familie, wird die Summe aller Einkünfte nicht durch die Zahl der Mitglieder, sondern durch eine gewichtete Summe der Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft geteilt. Nach der neuen bzw. modifizierten OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder des Haushaltes im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und alle Jüngeren mit 0,3.

5 Die Unterschiede in der Vermögensverteilung und die Einkommensverteilung der Selbständigen sind an anderer Stelle gut untersucht. Vgl. M. M. Grabka, C. Westermeier: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 9/2014, S. 164; M. Fritsch, A. S. Kritikos, A. Sorgner: Verdienen Selbständige tatsächlich weniger als Angestellte?, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 7/2015, S. 134-147.

Abbildung 3

### Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsbruttoeinkommen vor Steuern und staatlichen Transfers

Vorjahreseinkommen 1992 bis 2013 in %



Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

lässt sich also nicht mit Einzelereignissen, wie den Hartz-Gesetzen von 2003, erklären. Im Unterschied zu anderen Ländern hat selbst die Finanzkrise in Deutschland keine erkennbaren Spuren in der primären Einkommensverteilung hinterlassen. Trotz eines starken Rückganges des Bruttoinlandsproduktes von 4,9% im Jahr 2009 blieb die Beschäftigung stabil, da der Auftragsrückgang durch eine Umverteilung der Arbeitszeit und dabei vor allem durch die staatlich subventionierte Kurzarbeit aufgefangen werden konnte.<sup>6</sup> Geschützt wurden vor allem die mittleren Einkommensschichten in der gut verdienenden deutschen Exportindustrie. Bei der Ursachenanalyse muss daher das Augenmerk eher auf die langanhaltende Erosion des deutschen Lohnsystems gelegt werden.

Der Anteil der mittleren Einkommensgruppen am verfügbaren Einkommen lag 2013 mit insgesamt 77,8% um rund 30 Prozentpunkte über dem Anteil an den Markteinkommen (vgl. Abbildung 4).<sup>7</sup> Im Vergleich zur Primärverteilung halbiert der deutsche Wohlfahrtsstaat vor allem über die progressive Einkommensteuer den Anteil der obersten Einkommensgruppe an allen Haushalten. Über die geringere Steuerbelastung und Transfers wird am anderen Ende der Einkommensverteilung der Anteil der untersten Einkommensschicht auf ein Drittel verringert, da viele Haushalte bei den verfügbaren Einkommen in die untere oder mittlere Mitte „aufsteigen“.

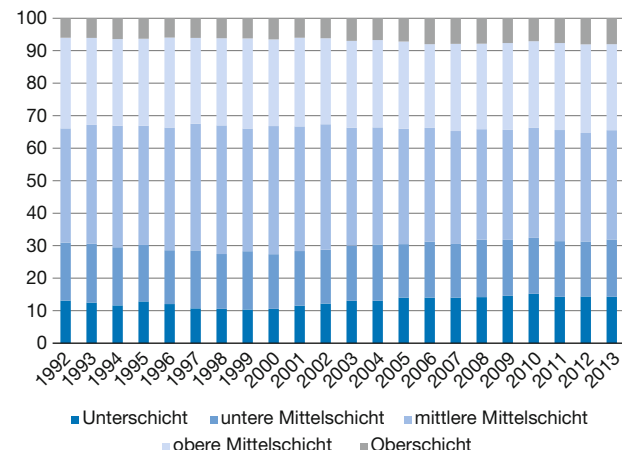
6 G. Bosch: The German labour market after the financial crisis: miracle or just a good policy mix, in: D. Vaughan-Whitehead (Hrsg.): Work inequalities in the crisis? Evidence from Europe, Cheltenham u.a.O. 2011, S. 243-277.

7 Ausgewertet werden die Vorjahreseinkommen.

Abbildung 4

### Äquivalenzgewichtete verfügbare Haushaltseinkommen nach Steuern, Sozialabgaben, staatlichen Transfers

Vorjahreseinkommen 1992 bis 2013 in %



Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

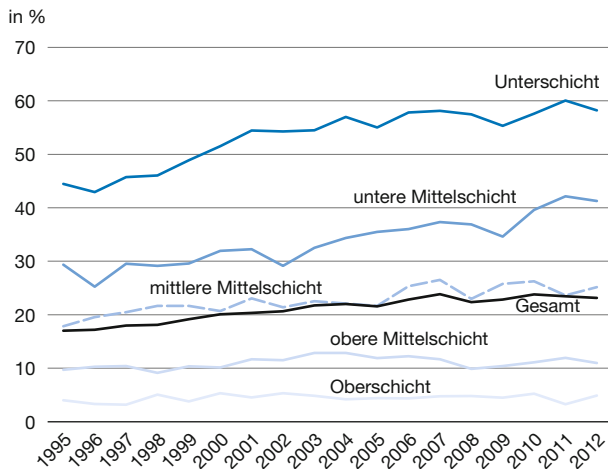
Der Wohlfahrtsstaat hat selbst bei guter Konjunktur trotz strukturell hoher Ausgaben für bedürftigkeitsgeprüfte Sozialleistungen die wachsende Ungleichheit in der primären Einkommensverteilung nicht voll auffangen können. Vor allem seit Anfang des Jahrtausends wachsen die Anteile der oberen und der unteren Einkommensschichten an allen Haushalten zwar nicht dramatisch, aber doch mit einem eindeutigen Trend um 3,7 Prozentpunkte (Unterschicht) bzw. 1,5 Prozentpunkte (Oberschicht), und der Anteil der Mitte ist von 83% im Jahr 2000 auf knapp 78% im Jahr 2013 zurückgegangen.

### Löhne, Arbeitszeiten und Erwerbstätigkeit nach Einkommensschichten

Die Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen kann durch die Entwicklung der individuellen Stundenlöhne sowie die der Zahl der bezahlten Arbeitsstunden pro Haushalt beeinflusst werden. Diese wird anhand der Haushalte mit mindestens einem Verdienere berechnet.<sup>8</sup> Zunächst zu den Löhnen: Das Niedriglohnrisiko ist in der untersten Einkommensschicht zwischen 1995 und 2012 von 45% auf 58% deutlich gestiegen (vgl. Abbildung 5). Auch in der unteren Mittelschicht ist das Niedriglohnrisiko von 29% auf 41% deutlich angestiegen und liegt damit weit über dem Durchschnitt. In der mittleren Mittelschicht zeigt sich wie im Durchschnitt ein leichter Anstieg und das Niedriglohnrisiko ist nur leicht überdurchschnittlich. In der oberen Mittelschicht und

8 Schichten werden auf der Basis der äquivalenzgewichteten Erwerbseinkommen der Haushalte gebildet.

Abbildung 5  
Niedriglohnrisiko (2/3-Median) abhängig  
Beschäftigter nach Einkommensschicht



Niedriglohnrisiko und Haushaltseinkommen der Schichten beziehen sich auf die genannten Jahre, nicht auf das Vorjahr; Schichten auf Basis der Erwerbseinkommen der Haushalte.

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

der Oberschicht ist das Niedriglohnrisiko gering, hat sich kaum verändert und wird sowieso durch das höhere Einkommen anderer Haushaltsmitglieder oder sonstige Einkünfte (vor allem aus Vermögen) kompensiert.

Das geringe Lohnniveau der Unterschicht zeigt sich auch bei den Stundenlöhnen. Der durchschnittliche Stundenlohn in der Oberschicht lag 2011 bis 2013 mit 35,24 Euro rund viermal höher als der Stundenlohn in der Unterschicht (vgl. Tabelle 1). Die Stundenlöhne steigen ebenso wie die Arbeitszeit mit der Einkommenshöhe, wobei die Euro-Abstände zwischen den Gruppen wachsen und mit knapp 15 Euro am größten zwischen der oberen Mittelschicht und der Oberschicht sind. Die wachsende Ungleichheit der individuellen Stundenlöhne ist somit eine zentrale Ursache der Aushöhlung der Mittelklasse.

Eine zweite Ursache ist die zunehmende Polarisierung der Arbeitszeiten nach Einkommensschichten. Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der Arbeitszeiten in den Haushalten vor Umverteilung. Danach liegt die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden in den Haushalten der obersten Einkommensschicht von 2011 bis 2013 im Durchschnitt um mehr als 2000 Stunden pro Jahr höher als in den Haushalten in der untersten Einkommensschicht. Hintergrund ist auf der einen Seite der hohe Anteil von Mehrfachverdiener- und Hinzuverdienerhaushalten in der Oberschicht sowie der hohe Anteil von marginal erwerbstätigen Haushalten und Singles – beides Kategorien mit unterdurchschnittlichem Arbeitsvolumen – in der Unterschicht. Das Arbeitsvolu-

Tabelle 1  
Durchschnittlicher Stundenlohn auf Haushaltsebene  
nach Einkommensschicht und Erwerbsmuster

2011 bis 2013, in Euro

Schichten	Mehrfachverdiener	Hinzuverdiener	Alleinernährer	duale Teilzeit	Gesamt
Unterschicht	5,56	8,36	8,31	10,07	8,67
untere Mittelschicht	7,85	11,51	14,18	17,05	12,75
mittlere Mittelschicht	10,46	14,67	18,93	22,13	15,91
obere Mittelschicht	14,05	19,89	27,21	30,8	20,69
Oberschicht	23,43	37,3	49,29	63,61	35,24
Total	16,32	18,8	23,5	19,21	19,88

Definition der Erwerbsmuster: Mehrfachverdiener:  $\geq 2$  Vollzeitstellen; Hinzuverdiener: 1 Vollzeitstelle +  $\geq 1$  Teilzeitstelle; Alleinernährer: 1 Vollzeitstelle; Duale Teilzeit:  $\geq 2$  Teilzeitstellen; geringe bzw. keine Erwerbstätigkeit: maximal eine Teilzeitstelle. Daten beziehen sich auf das Vorjahr, Schichten auf Basis der Erwerbseinkommen der Haushalte.

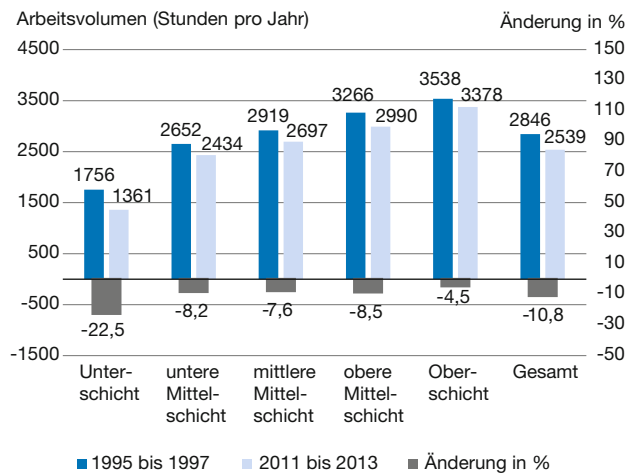
Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

men hat in allen Einkommensschichten abgenommen, der Rückgang ist aber mit -22,5% in der Unterschicht deutlich ausgeprägter als in der Oberschicht mit nur -4,5%.

Die wachsende Differenzierung der Arbeitszeiten ergibt sich vor allem daraus, dass in den beiden unteren Einkommensschichten immer weniger Vollzeit gearbeitet wird (vgl. Abbildung 7). 1995 bis 1997 lag der Vollzeitanteil unter den abhängig Beschäftigten der Unterschicht mit knapp 59% schon weit unter dem Wert der Gesamtwirtschaft von gut 78%. Alle anderen Schichten lagen dicht beim gesamtwirtschaftlichen Wert. Im Zeitverlauf ging der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in der Unterschicht um über 20 Prozentpunkte auf rund 36% von 2011 bis 2012 zurück. Auch in der unteren Mittelschicht zeigte sich ein starker Rückgang um über 10 Prozentpunkte auf rund 66%. In der mittleren Mittelschicht ist der Vollzeitanteil weiterhin durchschnittlich. Obere Mittelschicht und Oberschicht liegen über dem Wert der Gesamtwirtschaft. Eine Erklärung dafür, dass immer weniger Haushalte der Unterschicht und der unteren Mittelschicht von ihren Erwerbseinkünften leben können, dürfte somit die starke Ausweitung von Minijobs und Teilzeitstellen in diesen Schichten sein.

Hinter diesen Durchschnittszahlen verbergen sich große Unterschiede zwischen den in Tabelle 1 dargestellten Erwerbsmustern. Der mit Abstand höchste Stundenlohn findet sich mit rund 64 Euro beim dualen Teilzeitmodell in der Oberschicht. In fast allen Einkommensgruppen sind die Stundenlöhne der Haushalte mit einem Alleinernährer

**Abbildung 6**  
**Durchschnittliche Brutto-Jahresarbeitszeit nach Einkommensschicht**



Enthält auch bezahlten Urlaub, Feiertage und bezahlte Krankenzeiten, Schichten auf Basis der Erwerbseinkommen der Haushalte.

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

oder mit zwei Teilzeitbeschäftigten höher als die Stundenlöhne in den Mehrfach- und Hinzuverdienerhaushalten. Dies zeigt einen deutlichen Trade-off zwischen Löhnen und Arbeitszeiten. Mit höheren Stundenlöhnen wachsen die Arbeitszeitoptionen, und Haushalte können es sich eher leisten, dass zwei Verdienere Teilzeit arbeiten oder einer die Familie alleine ernährt.

**Ansatzpunkte zur Verringerung der sozialen Ungleichheit in der Primärverteilung**

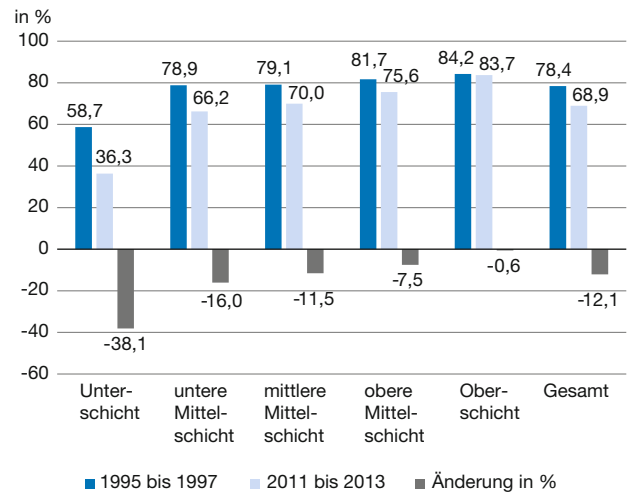
Ungleichheit lässt sich nur mit einer Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen bekämpfen, die sowohl die Primär- als auch die Sekundärverteilung betreffen. Ohne Zweifel kommen der Korrektur der Markteinkommen über eine höhere Besteuerung von hohen Einkommen, Kapitalerträgen und Erbschaften<sup>9</sup> und auch zielgerichteten Sozialtransfers eine zentrale Rolle zu. Im Folgenden geht es jedoch um eine Verringerung der Ungleichheiten an ihrer Quelle, also bei den Markteinkommen. Die Analyse zeigt, dass man hier vor allem bei den individuellen Einkommen und der Verteilung der bezahlten Arbeitszeit ansetzen muss.

**Verringerung der Einkommensungleichheit**

Eine stärkere Einkommensdifferenzierung wurde noch vor Kurzem von der überwiegenden Mehrheit der Ökonomen als Heilmittel gegen hohe Arbeitslosigkeit empfohlen. Da-

9 T. Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.

**Abbildung 7**  
**Anteil der Vollzeitbeschäftigten unter den abhängig Beschäftigten nach Einkommensschichten**



Vollzeitanteil und Haushaltseinkommen der Schichten beziehen sich auf die genannten Jahre, nicht auf das Vorjahr; Schichten auf Basis der Erwerbseinkommen der Haushalte.

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

bei seien vor allem Eingriffe in das Marktgeschehen, die markträumende Löhne verhinderten, wie Mindestlöhne oder Tarifverträge, hinderlich. Die neuere Mindestlohnforschung ist hingegen zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Korrektur der Lohnverteilung, etwa über Mindestlöhne, keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung hat.<sup>10</sup>

Offensichtlich spielt aber Arbeitgebermacht, die Löhne einseitig festsetzen zu können, eine erheblich größere Rolle, als es die neoklassische Theorie annimmt, die diesen Fall als in der Praxis unwahrscheinlichen Ausnahmefall behandelt.<sup>11</sup> In der Tat findet man nicht viele Arbeitsmärkte mit einem einzigen Nachfrager (Monopson). Manning argumentiert jedoch, dass man sich nicht an dem „Mono“ festhalten solle.<sup>12</sup> Es gebe viele Friktionen im Arbeitsmarkt, die Unternehmern die Möglichkeit bieten, Löhne einseitig festzusetzen, wie Mobilitätskosten oder unzureichende Transparenz über alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem wird auch Arbeitgebermacht aktiv eingesetzt, indem Arbeitsplätze in „Zonen ohne Arbeitnehmermacht“, also Beschäftigungssegmente

10 Vgl. z.B. die umfassendste Metastudie der neueren Forschung von D. Belman, P. J. Wolfson: What Does the Minimum Wage Do?, Upjohn Institute for Employment Research, Michigan 2014.

11 Manning schreibt, dass viele Ökonomen Schwierigkeiten haben, auch nur die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, dass Mindestlöhne nicht Beschäftigung zerstören, fast so, als wolle man gesicherte wissenschaftliche Grundlagen, wie etwa das Gesetz über die Schwerkraft, infrage stellen. Vgl. A. Manning: Monopsony in Motion. Imperfect Competition in Labor Markets, Princeton NY 2005, S. 338.

12 Ebenda.

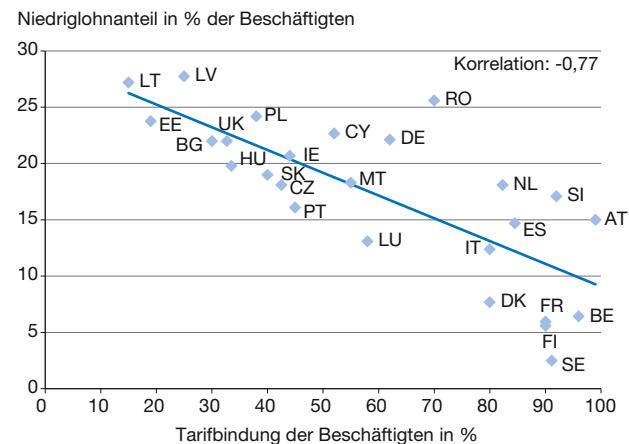
ohne Tarifverträge, gewerkschaftliche Präsenz und Betriebsräte verlagert werden oder den Beschäftigten und ihren Vertretern Machtressourcen über eine politische Einflussnahme auf Arbeitsgesetze entzogen werden, was inzwischen sogar der Internationale Währungsfonds (IWF) kritisiert, wenn er schreibt: „Inequality could also hurt society by allowing top earners to manipulate the political and economic system.“<sup>13</sup>

Unter dem Eindruck der neuen Faktenlage vollzog auch die OECD, die jahrelang eine stärkere Einkommensdifferenzierung propagiert hat, eine Kehrtwende. Sie kritisiert weiterhin, dass eine hohe Einkommensungleichheit langfristig das Wachstum verringert, da die unteren 40% in der Einkommensverteilung immer weniger in Bildung investieren.<sup>14</sup> Die Ursachen der wachsenden Ungleichheit sieht sie zusammen mit dem IWF insbesondere in der von ihr in den 1990er Jahren empfohlenen Schwächung von Arbeitsmarktinstitutionen und dabei insbesondere der abnehmenden Tarifbindung.<sup>15</sup> Der IWF schreibt zwar, dass „higher unionization and minimum wages can help to reduce inequality“.<sup>16</sup> Allerdings hat sich diese Erkenntnis nicht in den Auflagen der Troika für Spanien, Portugal und Griechenland niedergeschlagen, in denen durch eine Absenkung der Mindestlöhne und eine Schwächung der Tarifbindung gerade die Löhne der unteren 40% abgesenkt werden.

Vorschläge zur Korrektur der Primärverteilung müssen sich daran messen lassen, ob sie die Einkommensverteilung bis in die Mitte beeinflussen. Diese Wirkung haben Mindestlöhne alleine nicht. Sie liegen in Europa überall unter der Niedriglohnschwelle (<2/3 des Medianlohns) und komprimieren daher nur die Löhne in den unteren Dezilen der Einkommensverteilung. Eine hohe Tarifbindung hingegen reduziert den Anteil von Niedriglohnbeziehern viel stärker als Mindestlöhne. Dies verwundert nicht, da in Tarifverträgen gestaffelte Entgeltgruppen ausgehandelt werden, die in der Regel über den Mindestlöhnen liegen und bis in mittlere oder sogar obere Verdienstgruppen hineinreichen. Die hohe Korrelation von 0,77 zwischen der Tarifbindung und dem Anteil der Niedriglöhner (vgl. Abbildung 8) überrascht daher nicht. Bei Mindestlöhnen liegt sie hingegen nur bei 0,34.<sup>17</sup>

Der Mindestlohn kann somit nur als Etappensieg auf dem Weg zu einer weniger ungleichen Einkommensverteilung gesehen werden. Der nächste Schritt muss in einer Er-

Abbildung 8  
Tarifbindung der Beschäftigten (2008/2009) und Niedriglohnanteil (2010)



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechien, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, MT = Malta, NL = Niederlande, LT = Litauen, LV = Lettland, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien, US = USA.

Quellen: Zur Tarifbindung: J. Visser: Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts (ICTWSS). An international database, Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), Amsterdam 2015; Zum Niedriglohnanteil: E. Bezzina: In 2010, 17% of employees in the EU were low-wage earners, Statistics in Focus, 48/2012, Eurostat, 2012; eigene Berechnungen.

höhung der Tarifbindung mit differenzierten Lohngittern bestehen. Wünschenswert wäre es, die Sozialpartner würden aus eigener Kraft die Tarifautonomie in den vielen Niedriglohnbranchen wieder beleben. Dies kann den Sozialpartnern in der Fläche vermutlich nur mit stärkerer staatlicher Unterstützung gelingen. Denn angesichts der geringen gewerkschaftlichen Organisationsquote in vielen Branchen ist nicht auszuschließen, dass sich auch in den nächsten Jahren der Trend zu einer abnehmenden Tarifbindung fortsetzt. Im „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ sind 2014 bereits wichtige Maßnahmen vereinbart worden, um die Tarifverträge zu stützen, wie die Allgemeinverbindlichkeitserklärung aus öffentlichem Interesse und die Öffnung des Arbeitnehmerentsendegesetzes mit der Möglichkeit, höhere Branchenmindestlöhne für alle Wirtschaftszweige abzuschließen. Diese Maßnahmen müssten in zwei Richtungen ausgebaut werden: Erstens sollten die Branchen im Verfahren der Allgemeinverbindlichkeit gestärkt werden, um die bisherigen Blockaden von guten Branchenvereinbarungen durch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu verhindern. So sollten von den Sozialpartnern einer Branche gemeinschaftlich gestellte Anträge im Tarifausschuss nur noch mit der Mehrheit der Stimmen abgelehnt werden können. Zum zweiten muss das Prinzip der glei-

13 F. Jaumotte, C. Osorio Buitron: Inequality and Labor Market Institutions, IMF Staff Discussion Note 15/14, Washington 2015, S. 27.

14 OECD: In it together. Why less inequality benefits all, Paris 2015, S. 26 ff.

15 Ebenda, S. 37; F. Jaumotte, C. Osorio Buitron, a.a.O.

16 F. Jaumotte, C. Osorio Buitron, a.a.O., S. 27.

17 G. Bosch, C. Weinkopf: Wechselwirkungen zwischen Mindest- und Tariflöhnen, in: WSI-Mitteilungen, 66. Jg. (2013) Nr. 6, S. 393-403.

chen Bezahlung über das gesamte Tarifgitter für Leihkräfte und entsandte Werkvertragsnehmer ähnlich wie in den Niederlanden, Belgien, Frankreich oder Dänemark gelten, um Tariffucht unattraktiv werden zu lassen.

### Verringerung der Arbeitszeitpolarisierung

In einem Vergleich der Verteilung von Einkommen und Arbeitszeit in Schweden und den USA konnten Bjorklund und Freeman zeigen, dass nicht nur die geringere Einkommensdifferenzierung, sondern auch die gleichere Verteilung von Arbeitsstunden in der Erwerbsbevölkerung zu der deutlich geringeren Armut in Schweden beigetragen hat.<sup>18</sup> Die in vielen Ländern, wie auch in Deutschland, oft prekäre Teilzeitarbeit gehört in Skandinavien inzwischen zu normalen Episoden im Erwerbsverlauf, sie ist überwiegend vorübergehend und nicht dauerhaft, wird gleich bezahlt und wirkt sich im Unterschied zu den meisten anderen Ländern nicht negativ auf das künftige Einkommen oder Karrierechancen aus.<sup>19</sup> Der längeren Arbeitszeit von Frauen steht eine Verkürzung der Arbeitszeit der Männer durch einen Abbau von Überstunden gegenüber.<sup>20</sup>

Anzustreben ist daher ein neues, flexibles Normalarbeitsverhältnis mit der traditionellen Schutzfunktion, die ein unbefristeter Arbeitsvertrag bietet, aber erweitert um Optionen für eine selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung im Erwerbsverlauf. Aufgabe der Politik und der Tarifpartner ist es, die Barrieren flexibler Arbeitszeiten abzubauen und bei gesellschaftlich wichtigen Aufgaben, wie Kindererziehung, Pflege, Weiterbildung, auch die Einkommensverluste auszugleichen. Dieses Ziel ist realisierbar, da es bereits an umgesetzte und in der Bevölkerung akzeptierte Reformen anknüpft und diese weiterentwickelt. Zentrale Bausteine eines neuen Normalarbeitsverhältnisses sind:

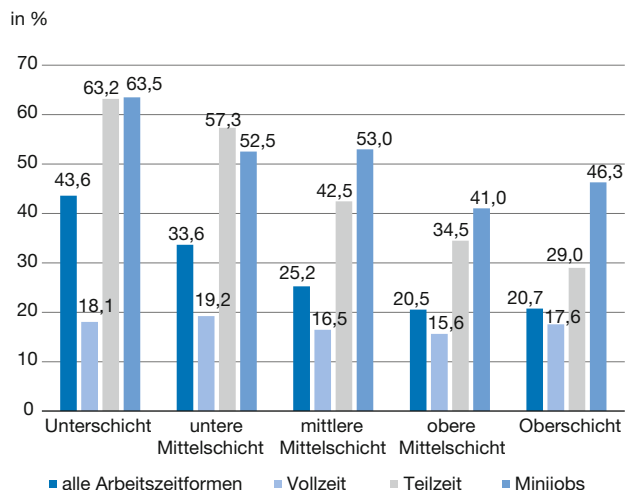
- Flexible Nutzung des Elterngeldes bis zum achten Lebensjahr eines Kindes und ein zusätzlicher Bonus, wenn beide Eltern zwischen 25 und 30 Stunden arbeiten, wie im Elterngeld plus, das seit dem 1. Januar 2015 in Kraft ist.
- Bedarfsgerechter Ausbau der Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen mit zuverlässigen ganztägigen Öffnungszeiten, sodass Eltern auch tatsächliche Arbeitszeitalternativen erhalten.

18 A. Bjorklund, R. B. Freeman: Generating Equality and Eliminating Poverty, the Swedish Way, National Bureau of Economic Research (NBER), Working Paper, Nr. 4945, Cambridge MA 1994.

19 E. Bardasi, J. C. Gornick: Working for less? Women's part-time wage penalties across countries, in: Feminist Economics, 14. Jg. (2008), Nr. 1, S. 37-72.

20 P. Berg, G. Bosch, J. Charest: Working-time configurations: a framework for analyzing diversity across countries, in: Industrial & Labor Relations Review, 67. Jg. (2014), Nr. 3, S. 805-837.

Abbildung 9  
Wünsche nach längeren Arbeitszeiten nach Einkommensschichten 2011/2012



Verglichen werden vertraglich vereinbarte Arbeitszeit und Wunscharbeitszeit. Liegt die Wunscharbeitszeit mehr als 1,5 Stunden über der vertraglichen Arbeitszeit, will jemand mehr arbeiten, bei +/-1,5 Stunden passen Wunsch und Vertrag zusammen, liegt die Wunscharbeitszeit mehr als 1,5 Stunden unter der vertraglichen Arbeitszeit, will jemand weniger arbeiten. Vgl. S. Wanger: Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit. Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, in: IAB Kurzbericht, Nr. 9/2011.

Wir haben in diesem Schaubild die Arbeitszeitpräferenzen für die Einkommensschichten nach Umverteilung berechnet. Wir nahmen an, dass das verfügbare Einkommen die Präferenzen prägt. Kontrollrechnungen mit Einkommensschichten vor Umverteilung zeigen ebenfalls stärkere Wünsche der unteren Einkommensschichten nach Arbeitszeitverlängerungen. Dies deutet an, dass die Arbeitszeitwünsche ebenfalls durch das Interesse an einer von Transfers unabhängigen Lebensführung geprägt werden, was näher zu untersuchen wäre.

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen.

- Wahlarbeitszeiten für Beschäftigte, was nicht nur Rechte auf Teilzeitarbeit, sondern auch Rückkehrrechte auf die alte Arbeitszeit einschließt. Mit der noch nicht umgesetzten Verabredung im Koalitionsvertrag, Rückkehrrechte auf die alte Arbeitszeit bei Kindererziehung und Pflege gesetzlich zu verankern, wurde ein großer Schritt in diese Richtung getan.
- Abbau finanzieller Barrieren bei der Variation der Arbeitszeit. Die größte Barriere ist heute der hohe Grenzsteuersatz beim Übergang von Minijobs auf reguläre Teilzeitarbeit.
- Förderung neuer Arbeitszeitnormen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Gleichstellung unterstützen. Die Arbeitszeitwünsche zeigen vor allem bei Frauen in Teilzeitarbeit, dass sie in einer längeren Teilzeit arbeiten möchten und bei Männern, dass sie weniger Überstunden machen wollen. Unternehmen sollten

verstärkt lange Teilzeit (zwischen 20 und 28 Stunden) und kurze Vollzeit (zwischen 28 und 35 Stunden) anbieten.

Die hohe Attraktivität dieses Modells für die Beschäftigten liegt in der Kombination von Arbeitsplatzsicherheit und Wahlfreiheit bei der Arbeitszeit mit finanzieller Absicherung. Lebensentwürfe werden nicht vorgeschrieben, sondern können selbst gestaltet werden. Es knüpft auch an Arbeitszeitwünsche an, die im Übrigen nach Einkommensschichten variieren. Fragt man die Beschäftigten danach, wie lange sie arbeiten wollen, sind es vor allem diejenigen in den unteren Schichten, die mehr arbeiten wollen als vertraglich vereinbart (vgl. Abbildung 9). Knapp 44% der abhängig Beschäftigten der Unterschicht wünschen sich, 1,5 Stunden oder mehr als vertraglich vereinbart zu arbeiten.<sup>21</sup> Vergleicht man die Arbeitszeitformen miteinander, wollen vor allem die Beschäftigten in Teilzeit und Minijobs mehr arbeiten als vertraglich vereinbart. Der starke Wunsch nach einer Ausweitung der Arbeitszeit in den unteren Schichten beruht aber nicht nur auf der großen Bedeutung von Teilzeit und Minijobs in diesen Schichten. Auch innerhalb der einzelnen Arbeitszeitformen ist der Wunsch nach Arbeitszeitverlängerung in den unteren Schichten sehr viel größer als in den oberen Schichten. So wollen in der Unterschicht fast 64% der Minijobber länger arbeiten, während es in der Oberschicht mit gut 46% deutlich weniger sind.

### Schlussfolgerungen

Die zunehmende Ungleichheit der Haushaltseinkommen vor Abgaben und Transfers ist zum einen auf die zunehmende Differenzierung der individuellen Einkommen und zum anderen auf die Polarisierung der Arbeitszeit nach Einkommensschichten zurückzuführen. Der OECD ist zuzustimmen, dass das „most efficient policy package will address inequalities at the point where they originate rather than trying to pick them up only at a later stage. Redistribu-

21 Zur Methode vgl. S. Wanger: Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit. Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, in: IAB Kurzbericht, Nr. 9/2011.

tion strategies based on transfers and taxes alone would not necessarily be effective or financially sustainable“.<sup>22</sup>

Die Einkommensdifferenzierung kann durch eine Revitalisierung der Tarifbindung über eine weitere Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und durch gleiche Bezahlung für prekäre Beschäftigungsformen verringert werden. Durch ein neues, flexibleres Normalarbeitsverhältnis nach skandinavischem Vorbild, in dem Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit nicht dauerhaft, sondern sozial abgesichert und temporär sind, kann die Arbeitszeit gleicher zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen den Einkommensschichten verteilt werden, was ebenfalls die soziale Ungleichheit reduziert.

Der Staat kann allerdings nur die Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen verbessern. Der Abschluss von Tarifverträgen bleibt an die Verhandlungsbereitschaft der Sozialpartner gebunden. Es bleibt zu hoffen, dass die demografisch bedingte Verknappung des Arbeitsangebots und erfolgreiche Organizing-Kampagnen der Gewerkschaften diese Bereitschaft erhöhen. Vor allem ist aber auch eine ideologische Wende notwendig, die die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorteile von Flächentarifverträgen deutlich macht und neue Verhaltensnormen in der Wirtschaft setzt. Die Vorteile von Flächentarifen für die Wirtschaft liegen im Schutz vor Schmutzkonzurrenz, in der Chance zur raschen Modernisierung über branchenspezifische Vereinbarungen, der Entbürokratisierung durch Vermeidung korrigierender Staatseingriffe und der hohen Akzeptanz gemeinsam ausgehandelter Normen im Betrieb.

Auch das vorgeschlagene neue Normalarbeitsverhältnis mit starken Arbeitnehmerrechten hat für viele Betriebe an Schrecken verloren. Sie bieten zunehmend von sich aus eine flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit an, nicht zuletzt, um Beschäftigte stärker an den Betrieb zu binden, was mit wachsendem Fachkräftebedarf immer wichtiger wird. Flexible Arbeitszeiten werden zudem zum wesentlichen Instrument des Personalmarketing in der Konkurrenz um den knapper werdenden Nachwuchs.

22 OECD, a.a.O., S. 37.

**Title:** *Income Generation as a Factor in Distribution – Increasing Inequality in Primary Distribution is Endangering the Middle Class*

**Abstract:** *From the end of the Second World War onwards, a middle class emerged in Germany that was, by international standards, broadly based. The economic basis for this middle class was good pay and relatively low income differentiation, which was the result of collective agreement on a high coverage rate. Since the mid-1990s, however, the economic basis of middle-class prosperity and security has been crumbling. In the primary distribution, the share of households in the middle-income groups fell by almost ten percentage points, from 56.4 per cent to 48 per cent, between 1992 and 2013. The welfare state was no longer able to compensate fully for this unequal primary distribution. An increase in coverage by collective agreements, the re-regulation of atypical employment forms and the elimination of all incentives to take marginal, part-time jobs are the keys to strengthening the middle-income groups in Germany.*

**JEL Classification:** J310, J8, D310